

## **Sahelien-Einsatz**

Die Bundesregierung beantragt beim Bundestag, im Rahmen der EU-Mission EUMISA 500 zusätzliche Soldatinnen und Soldaten in die westafrikanische Republik Sahelien entsenden zu dürfen.

### **Der Sahelien-Einsatz**

In Sahelien erklärten vor fünf Jahren Rebellengruppen, die nach Geheimdienstinformationen unter anderem von islamistischen Netzwerken Waffen erhalten, die Unabhängigkeit des westlichen Landesteiles. Vor vier Jahren begann eine sahelisch-französische Militäroperation mit dem Ziel, die Entstehung einer Basis für Terroranschläge auch in Europa zu verhindern. Daneben gibt es seit drei Jahren einen EU-koordinierten Einsatz zur Ausbildung der sahelischen Armee, an dem die Bundeswehr mit 130 Einsatzkräften mit einem Mandat für fünf Jahre beteiligt ist.

Im Rahmen der internationalen Allianz, die die Terrormiliz IS im Irak und in Syrien zurückdrängen soll, hat die Bundesregierung zugesagt, Frankreich in Sahelien zu entlasten. Die Verteidigungsministerin erbittet daher nun das Mandat dafür, weitere 500 bewaffnete Soldatinnen und Soldaten zur Absicherung der Ausbildungsmission der EU bereitstellen zu können.

Die Lage in Sahelien gilt als labil, die Regierung konnte die Rebellengruppen im Westen bisher nicht wirksam unter Kontrolle bringen. Die Gegend gilt als Rückzugsort international aktiver Terrornetzwerke und als Umschlagplatz für Drogen aus Südamerika. Im Zuge der aktuellen Flüchtlingsdiskussion wird befürchtet, dass sich die Auseinandersetzung ausweitert und dadurch die Migration aus Westafrika nach Europa verstärkt wird.

### **Die Rechtslage**

Die Bundeswehr ist eine ‚Parlamentsarmee‘. Hinter dieser Beschränkung stehen zwei historische Erkenntnisse:

- Ein Parlament, in dem Mehrheiten überzeugt werden müssen, setzt seine Streitkräfte in der Regel zurückhaltender ein als einzelne Politiker.
- Kriege führen zu hohen, oft unkalkulierbaren Kosten. Die Einbindung von Volksvertretern schafft hier eine Kontrolle.

Das Parlamentsbeteiligungsgesetz (ParlBG) vom 18. März 2005 regelt:

#### § 3 Antrag

- (1) Die Bundesregierung übersendet dem Bundestag den Antrag auf Zustimmung zum Einsatz der Streitkräfte rechtzeitig vor Beginn des Einsatzes.
- (2) Der Antrag der Bundesregierung enthält Angaben insbesondere über
  - den Einsatzauftrag,
  - das Einsatzgebiet,
  - die rechtlichen Grundlagen des Einsatzes,
  - die Höchstzahl der einzusetzenden Soldatinnen und Soldaten,
  - die Fähigkeiten der einzusetzenden Streitkräfte,
  - die geplante Dauer des Einsatzes,
  - die voraussichtlichen Kosten und die Finanzierung.
- (3) Der Bundestag kann dem Antrag zustimmen oder ihn ablehnen.  
Änderungen des Antrags sind nicht zulässig.

Der Bundestag hat aber die Möglichkeit, die Bundesregierung durch eine zusätzliche Entschliebung zu einer geeigneten politischen Flankierung und Einbettung des Einsatzes anzuhalten. Diese Entschliebung kann auch verabschiedet werden, ohne dass der Antrag der Bundesregierung angenommen wird.

## Antrag der Bundesregierung

### Ausweitung der Beteiligung deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Operation EUMISA

*Der Bundestag wolle beschließen*

Die Bundeswehr bildet im Rahmen der „EU Mission Sahelia (EUMISA)“ Offiziere der sahelischen Armee aus und hält die zur Umsetzung des Auftrages erforderlichen Transportkapazitäten vor. Die Begleitung sahelischer Streitkräfte in Einsätze oder eine direkte Unterstützung militärischer Operationen finden unter diesem bereits bestehenden Mandat nicht statt.

In Anbetracht der sich verschärfenden Situation vor Ort und zur Entlastung europäischer Partner ermächtigt der Bundestag die Bundesministerin der Verteidigung, im Einvernehmen mit dem Bundesminister des Auswärtigen den folgenden weiteren Auftrag zu erteilen, der den bestehenden ergänzen und absichern soll:

- Das Einsatzgebiet umfasst das gesamte Staatsgebiet Saheliens. Sicherungsaufgaben sollen im gesamten Land übernommen werden, nicht nur im Umfeld der Hauptstadt Bouroum, wo die Offiziersausbildung stattfindet.
- Der Einsatz erfolgt auf Grundlage eines Ersuchens der sahelischen Regierung an die EU; die Ausweitung erfolgt nach Vorgabe der Beschlüsse des Rates der Europäischen Union und ist mit der Regierung in Bouroum abgestimmt.
- Der Umfang der vor Ort befindlichen deutschen Truppen erhöht sich durch den Zusatzauftrag von 130 auf 630 Soldatinnen und Soldaten mit entsprechender Ausrüstung (Wie bisher sollen 50 Ausbildungs-offizierinnen und -offiziere sowie 80 Personen zur logistischen Unterstützung beteiligt sein, hinzu kommen 500 Soldatinnen und Soldaten zur Sicherung).
- Eingebunden werden können im Wesentlichen Fachkräfte der Bereiche Führung und Führungsunterstützung, Transport und Logistik, militärisches Nachrichtenwesen sowie Sicherung und Schutz. Zusätzlich können Expertinnen und Experten für Waffenhandel, Geiselnahmen und Lösegelderpressungen beteiligt werden.
- Die Einsatzzeit beginnt in sechs Monaten und dauert, solange die Zustimmung der Regierung der Republik Sahelien, ein entsprechender Beschluss des Rates der EU und die konstitutive Zustimmung des Bundestages vorliegen, längstens jedoch für zwei Jahre.
- Die einsatzbedingten Zusatzausgaben der Bundeswehr werden für die Einsatzdauer 135,75 Mio Euro betragen.

## Kurzinfo über die Republik Sahelien

Zum Nachschlagen bei Bedarf



### Republik Sahelien

**Amtssprache:**  
Französisch

**Hauptstadt:**  
Bouroum

**Staatsform:**  
Republik

**Staatsoberhaupt:**  
Oumar Teika

**Premierminister:**  
Boubacar Mata

**Fläche:**  
680.192 km<sup>2</sup>

**Ost-West-  
Ausdehnung:**  
680 km

**Einwohner:**  
9,47 Mio

**BIP:**  
6,45 Mrd € (2011)

**BIP/Einwohner:**  
681 €

**Währung:**  
CFA-Franc

**Streitkräfte:**  
4.700 Mann

**Unabhängigkeit:**  
1960 (von  
Frankreich)

Die Republik Sahelien ist ein Binnenstaat in Westafrika. Er wurde 1960 von Frankreich unabhängig. Nach einer langen Einparteienherrschaft gab es 1987 einen Militärputsch. Unter militärischer Führung wurde eine neue Verfassung verabschiedet und ein demokratisches Mehrparteiensystem etabliert.

Die wichtigsten Wirtschaftszweige sind die Landwirtschaft und in zunehmendem Maße der Bergbau. Zu den wichtigsten Bodenschätzen gehören Salz und Gold. Diese kommen im Wüstenstreifen entlang der Nordgrenze vor, der etwa ein Drittel der Landesfläche ausmacht. Der Rest des Landes besteht aus Feuchtsavanne.

Die Bevölkerung Saheliens lebt etwa zur Hälfte unterhalb der Armutsgrenze. Sie setzt sich aus 20 verschiedenen Ethnien zusammen. Die Mehrheit ist schwarzafrikanischer Herkunft. Im Westen des Landes wohnen mehrheitlich aus Nordafrika stammende Berber und Mauren. Als Glaube dominant sind naturreligiöse Praktiken, die Animismus genannt werden, daneben gibt es Katholiken (ca. 20 %) und im Westen sunnitische Muslime (ebenfalls ca. 20%).

Die Bevölkerung Saheliens gehört zu den am schnellsten wachsenden der Welt. Eine Frau bringt durchschnittlich 6,4 Kinder zur Welt. Die Lebenserwartung bei Geburt ist zwischen 1950 und 2010 von 29,7 Jahren auf 52,1 Jahre gestiegen. Beides zusammen genommen führt zu einer dramatisch wachsenden Bevölkerung; das Land befindet sich auf dem Weg in eine soziale, demographische und ökologische Krise. Besonders leidet Sahelien zudem unter weitverbreiteter Korruption.

Das Bildungssystem steht ebenso wie das Gesundheitssystem zahlreichen Problemen gegenüber. Finanznot bedingt schlechte Räumlichkeiten sowie einen Mangel an Unterrichtsmaterialien und an Lehrerinnen und Lehrern (eine Lehrkraft für 76 Schüler). Im Westen existieren außerhalb des formellen Bildungssystems Koranschulen, in denen die Kinder ausschließlich in arabischer Sprache und in Koranversen unterrichtet werden.

## **EntschlieÙung**

Aus verfassungsrechtlichen Gründen müssen die Spezifika eines Bundeswehreinsatzes von der Bundesregierung festgelegt und verantwortet werden, der Bundestag kann daher dem Mandatsantrag nur in der vorgelegten Form zustimmen oder ihn komplett ablehnen.

Um darüber hinaus eigene Positionen zu formulieren, die beschreiben, unter welchen Umständen und mit welchen Erwartungen der Bundestag dem Einsatz zustimmt, kann das Instrument einer EntschlieÙung des Bundestages verwendet werden. Eine solche EntschlieÙung wird im federführenden Auswärtigen Ausschuss formuliert.

Experten der beiden Regierungsfractionen PGS und PEV haben als Grundlage für die Beratungen den hier abgedruckten informellen Entwurf vorgelegt.

### **Der Deutsche Bundestag**

1. begrüÙt die Absicht der Bundesregierung, den deutschen Beitrag zur gemeinsamen EU-Mission EUMISA auszuweiten;
2. erkennt in den Bemühungen um funktionierende staatliche Strukturen auf dem benachbarten afrikanischen Kontinent auch mit Blick auf die Vermeidung von Terrorakten in Europa ein gemeinsames europäisches Interesse;
3. betont die Verantwortung, die der Europäischen Union angesichts ihrer kolonialen Vergangenheit im Umgang mit Afrika zukommt und das Interesse Europas an einer erfolgreichen Entwicklung Afrikas;
4. legt Wert auf die Feststellung, dass die EU-Mission auf Bitten der demokratisch gewählten Regierung der Republik Sahelien zustande kommt und in der praktischen Durchführung auf enge Kooperation mit der sahelischen Armee ausgerichtet ist;
5. fordert die Bundesregierung auf, unter der Verantwortung des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung parallel zu EUMISA und in enger Abstimmung mit den europäischen Partnern Projekte der Entwicklungszusammenarbeit in Sahelien unter Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen zu verstärken.

### **Grundlegende Ansichten der BBP**

"Bewährtes bewahren" - so lautet das Leitmotiv der Bürgerlichen Bewahrungspartei (BBP). Sie möchte den Fortschritt so gestalten, dass wesentliche Ziele wie stabile Familien, gesellschaftlicher Zusammenhalt, dauerhafter Wohlstand, der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und die Chance auf ein erfülltes Leben nicht aus dem Blick geraten.

Die BBP betrachtet die Bundeswehr als ein Werkzeug, das zur Verwirklichung einer internationalen Politik, die auf Verantwortung für die Schöpfung, die Abwehr von Gefahren und die Stärkung politischer und wirtschaftlicher Partnerschaften Deutschlands zielt, zur Verfügung steht. Jedes außenpolitische Agieren muss dabei auf die Verbreitung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gerichtet sein und sollte die Entwicklung sozialer Marktwirtschaften begünstigen.

### **Positionen der BBP zum Sahelien-Einsatz**

1. Der BBP ist es wichtig, dass die Bundesrepublik verlässlich die gemeinsam beschlossene europäische Mission EUMISA mitträgt. Die EU kann nur glaubwürdig international agieren, wenn ihre Mitglieder sich einbringen. Deutschland muss hier mehr leisten als in der Vergangenheit.
2. Mit Blick auf den internationalen Terrorismus muss die Staatengemeinschaft alles unternehmen, damit sich die Gebiete ohne funktionierende staatliche Strukturen nicht mehr und mehr ausdehnen und zur Operationsplattform internationaler Terrornetzwerke werden können.
3. Die BBP hält es für wesentlich, die Bevölkerung in Sahelien und in den Nachbarstaaten vor Angriffen islamistischer Milizen zu schützen, um auf diese Weise eine umfassende Flüchtlingsbewegung von Westafrika nach Europa zu verhindern;
4. Die partnerschaftliche Zusammenarbeit mit Afrika ist wichtig, weil dem Migrationsdruck über das Mittelmeer wirksam begegnet werden muss. Außerdem bietet der Nachbarkontinent große ökonomische Chancen, die nicht anderen Weltmächten (wie China) überlassen werden sollten.
5. Die Herstellung von Recht und Ordnung sowie die Ausbildung von Sicherheitskräften sind wichtige Bausteine für die erfolgreiche Entwicklung der Republik Sahelien. Darüber hinaus fordert die BBP Investitionen in Bildung, Kultur und natürlich auch Maßnahmen zur ökonomischen Entwicklung.

### **Die Strategie der BBP bei diesem Antrag**

Als Oppositionspartei ist es der BBP wichtig, deutlich ihre Meinung zu zeigen. Zugleich möchte sie aber als Fraktion wahrgenommen werden, die sich sinnvollen Lösungen nicht verweigert. Die BBP hält den Sahelien-Einsatz grundsätzlich für wichtig und betont ihre verantwortliche Rolle und Verlässlichkeit, wenn sie die Bundesregierung unterstützt. Es ist aber auch im Interesse der BBP, dass die eigene Handschrift in der Ausschussentschließung erkennbar wird – hier müssten von den Regierungsfractionen Zugeständnisse eingefordert werden, die auch der eigenen Wählerschaft gegenüber vorzeigbar sind.